

Dr. Manfred Schenk

Sozialplanung in Luxemburg

Die Sozialplanung hat sich in den verschiedenen europäischen Ländern seit Jahrzehnten etabliert. Zwischenzeitlich haben sich dafür Standardmethoden entwickelt. Monitoringsysteme sollen eine permanente Beobachtung des Sozialen ermöglichen. Es soll damit auch ein Frühwarnsystem darstellen, das Veränderungen rechtzeitig erkennen kann. Die Beschreibung der Lebensqualität von Bürgern ist ein häufiges Ziel der Sozialberichte. Reichtums- und Armutsberichte sollen Auskunft über die Verteilung von Chancen und soziale Schieflagen geben. Besonders häufig ist Sozialplanung auf kommunaler Ebene Planung von Einrichtungen und damit soziale Infrastrukturplanung. Sozialplanung ist auch ein etablierter Gegenstand der Wissenschaft geworden. In Deutschland sind an vielen Hochschulen spezielle Schwerpunkte entstanden und Kommunen wurden zum Beispiel gesetzlich zur sogenannten Jugendhilfeplanung verpflichtet.

Die Ziele der Sozialplanung sind vielfältig. In den 50er und 60er Jahren war es zum Beispiel in den USA die Suche nach Strategien der Befriedung sozialer Krisen in den Großstädten, die durch das Auftreten großer ethnischer Minderheitengruppen und deren Probleme der Randständigkeit hervorgerufen worden waren. In den Großstädten Deutschlands geht es häufig um Stadt- und Sanierungsplanung und in diesem Zusammenhang um Erkennen und Beseitigung von sozialen Brennpunkten. Sozialplanung wird als ein gestalterisches Element der Zukunft gesehen. In diesem Kontext hat sie die Aufgabe soziale Aspekte zum Beispiel in die Stadtentwicklungsplanung einzubringen. Sozialplanung wird damit zu einem Instrument der Kommunalpolitik. Wie der Bürger in der Stadt lebt, wie er sich fühlt und wie sehr er sich mit sei-

ner Stadt identifizieren kann, ist also kein Beiwerk von guter Politik, sondern sollte durch zielgerichtetes Handeln beeinflusst werden. In einer Zeit, in der Stichworte wie „demographischer Wandel“, „Integration“, „Partizipation“ und „Migration“ in aller Munde sind, wird Lebenszufriedenheit zu einem zentralen Gegenstand und zu einem entscheidenden Standortfaktor. Für die Stadt von heute verlangt das eine weitsichtige Politik, die Nachhaltigkeit in das Zentrum ihrer Bemühungen stellt.

Besonders häufig ist Sozialplanung auf kommunaler Ebene Planung von Einrichtungen und damit soziale Infrastrukturplanung.

Auf Landesebene sind für die Sozialplanung eine Reihe europäischer Vorgaben von Bedeutung:

Stockholm 2001

Um das in der Lissabon-Strategie der EU festgelegte Ziel der **Beschäftigung** von 70% der Männer und 60% der Frauen zu erreichen, wurden in Stockholm 2001 die Zwischenziele von 67% bei den Männern und 57% bei den Frauen bestimmt. Dabei ist vorzusehen, dass die durchschnittliche Beschäftigungsquote für ältere Menschen zwischen 55 und 64 Jahren 50% beträgt.

Barcelona 2002

Als relevante Richtlinien der Sitzung in Barcelona im März 2002 wurden unter anderem diese Richtlinien festgehalten:

Es sollen Hemmnisse abgebaut werden, welche die **Frauen** von der Beteiligung am Erwerbsleben abhalten

Dazu gehört, dass:

- bis 2010 für mindestens 90% der Kinder zwischen **3 und 6 Jahren Betreuungsplätze** zur Verfügung gestellt werden,
- für mindestens 33% der Kinder **unter 3 Jahren Betreuungsplätze** zur Verfügung gestellt werden,
- das Durchschnittsalter des Eintritts in den Ruhestand bis 2010 um fünf Jahre ansteigen soll,
- das Verhältnis des **Internetanschlusses in Schulen** pro Schüler auf ein Gerät pro 15 Schüler verringert werden soll.

Brüssel 2006

Richtlinien zu **Bildungsaspekten** wurden in Brüssel im März 2006 festgelegt. Dazu gehören, dass:

- der Anteil der Schulabbrecher auf 10% gesenkt wird,
- Sorge getragen wird, dass mindestens 85% der 22-Jährigen der EU eine Ausbildung im Sekundarbereich II absolviert haben und
- bis 2007 jedem arbeitslosen Schulabgänger binnen 6 Monaten eine weiterführende Maßnahme angeboten wird.

Strategien in Luxemburg

Um diese Richtlinien zu erfüllen hat, der Staat Luxemburg Strategien formuliert,

Dr. Manfred Schenk ist Leiter des Instituts für Regionale Sozialforschung (FOREG) in Trier.

die vor allem unter zwei Prämissen gesehen werden:

- Chancengleichheit in der Bildung und Förderung der Arbeitsmarktintegration der Eltern,
- Anpassung der Langzeitpflegesysteme an den steigenden Bedarf.

Die **Kinderarmut** soll durch die Kombination folgender politischer Maßnahmen verhindert werden:

- Erhöhung des Familieneinkommens,
- Verbesserung des Zugangs zu Diensten, einschließlich eines angemessenen Wohnraums,
- Schutz der Kinderrechte.

Um das Bildungssystem zu unterstützen, sollen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 1,78% des BIP im Jahre 2004 auf 3,00% des BIP bis 2010 angehoben werden.

Die allgemeine Strategie des nationalen Aktionsplans des Staates Luxemburg baut auf fünf Prinzipien auf:

- freier Zugang zu Serviceleistungen, angemessene Beihilfe,
- Servicequalität und individuell angepasste Beratung,
- finanzielle Unterstützung des Sozialschutzes,
- Priorität der Integration durch Arbeit,
- Beibehaltung und Verstärkung des sozialen Dialogs.

Um diese Prinzipien umzusetzen, wurden sechs Taktiken formuliert:

- Wiederaufbau der Vollbeschäftigung,
- dem Schulabbrechen entgegenwirken und Erhöhung des Bildungsgrades,
- das Familien- und Arbeitsleben in Einklang bringen mit dem Schwerpunkt der Partizipation von Frauen am Erwerbsleben,
- Sicherung des Zugangs zu Wohnraum,
- Sicherung des Zugangs zu qualitativer Gesundheitsvorsorge,
- ein angemessenes Rentensystem.

Diese Taktiken gehen einher mit den in der Lissabon-Strategie festgelegten Forderungen.

Weitere Strategien sind:

- die Anregung der Arbeitsmarktteilnahme von Frauen, jungen Menschen und Menschen über 55 Jahren,
- der Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit und Kinderarmut.

Um die Weitergabe von intergenerationaler Armut zu bekämpfen, sollen Qualifikationen schon im **frühen Kindesalter** gefördert werden, das Bildungsangebot verbessert und Alternativen für Schulabbrecher angeboten werden. Um die Teilnahme der Eltern am Arbeitsmarkt zu fördern, sollen bessere Betreuungsangebote geschaffen werden.

In Luxemburg sind die Sozialplanungsmaßnahmen besonders im kommunalen Bereich noch im Ansatz.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Messbarkeit des Sozialen. Dafür steht ein System sozialer Indikatoren zur Verfügung, die auf sozialstatistischer Basis eine Beschreibung liefern. Daneben werden aber auch Verfahren angewandt, die auf qualitativer Ebene zum Beispiel mittels Bürgerbefragung die Lebensqualität in einer Stadt erheben.

Stand der Sozialplanung in Luxemburg

In Luxemburg sind die Sozialplanungsmaßnahmen besonders im kommunalen Bereich noch im Ansatz. Einer der Gründe dafür liegt in der Geschichte des sozialen Sektors in Luxemburg: Bis auf die kommunale Armenfürsorge, also die Offices sociaux, sind die Institutionen im sozialen Sektor erst in den letzten 30 Jahren entstanden. In dieser kurzen Zeit ist eine Vielzahl von Einrichtungen entstanden, die meist in kommunaler oder staatlicher Trägerschaft sind. Hinzu kommt eine Vielzahl freier Träger, die oft nur eine einzige Dienstleistung anbieten. Nur wenigen Trägern (zum Beispiel der Caritas, Inter-Actions, dem Roten Kreuz) war es möglich, ihre Maßnahmen zu bündeln und mehrere Dienstleistungen aus einer Hand anzubieten.

Die gute wirtschaftliche Lage der Stadt und anderer Kommunen ermöglichte es, dass neue Dienste quasi „auf Zuruf“ entstanden, ohne dass Kohärenz oder die Wirksamkeit der einzelnen Dienste überprüft wurden. Erst in den letzten Jahren

bildeten sich in einigen Unterbereichen des Sozialen, wie beispielsweise dem Jugendsektor, Bestrebungen zur Qualitätsentwicklung heraus. Diese Bestrebungen benötigen als Fundament empirisch gestütztes Wissen.

Man kann bilanzieren, dass es keine Planungsstrategie für den gesamten sozialen Sektor gibt. Im Gegenteil, es gab regelrecht Bestrebungen, die entsprechenden Dienstleistungen auf so viele Träger wie möglich zu verteilen, um eine Machtbündelung zu verhindern.

Die Stadt Esch hat vor einigen Jahren mit einer Sozialberichterstattung begonnen. Die Stadt Luxemburg hat 2002 eine umfassende Jugendstudie in Auftrag gegeben und daraus einen Jugendkommunalplan entwickelt. Als Folge hat sie 2007 die Aufgabenstellung auf den gesamten Sozialsektor erweitert und eine Studie zur Ermittlung der Lebensqualität in der Stadt Luxemburg in Auftrag gegeben. Die Federführung wurde FOREG (Institut für Regionale Sozialforschung, Trier) übertragen. Wegen der Komplexität des Gegenstands wurde durch FOREG das in Luxemburg bekannte Institut CEPS hinzugezogen. Die Universität Trier (Soziologie) ist ein weiterer Kooperationspartner. Zwischenzeitlich liegen die ersten Berichte vor (FOREG, Dr. Manfred Schenk: *Lebensqualität in der Stadt Luxemburg: Grundlagen für eine Sozialplanung in der Stadt Luxemburg*).

Für diese Studie wurde durch CEPS ein neuer Ansatz zur kleinräumigen Stadtbeschreibung entwickelt. Bislang wurde die Stadt stets auf der Basis der historisch entstandenen Quartiere betrachtet. Zwischenzeitlich haben diese aber aufgrund der Wanderungsbewegungen und Durchmischung ihre Homogenität verloren. Die quartiersübergreifende kleinräumige Beschreibung erlaubt eher die Beschreibung von Unterschieden. Die Stadt Luxemburg ist eine Stadt mit einer extrem hohen Dynamik. Jährlich verlassen etwa 10% die Stadt und circa 11% ziehen in die Stadt ein. Der Ausländeranteil beträgt zwischenzeitlich 66%, verteilt auf außerordentlich viele Nationen. Die Zukunftsplanungen, die von einer Einwohnerzahl weit über 100 000 bis zum Jahr 2020 ausgehen, stellen die Stadt vor große Herausforderungen. Die bis 2009 laufende Studie soll dafür wichtige Erkenntnisse liefern.